

## DIE TSCHECHOSLOWAKISCHE WIRTSCHAFT IM ZEICHEN DER REFORM

*Von Kurt Wessely*

Die Wirtschaft der Tschechoslowakei war im Jahre 1967 durch die Bemühungen gekennzeichnet, durch eine Wirtschaftsreform eine Verbesserung der Grundlagen der Wirtschaft zu erreichen, was aber nur teilweise gelungen ist. Die bereits im Jahre 1964 beschlossene Wirtschaftsreform konnte im Jahre 1967 noch nicht durchgeführt werden; zwar gab es schon früher Experimentierbetriebe in der Industrie, auch wurde eine Reihe vorbereitender Maßnahmen getroffen, jedoch soll die eigentliche Wirtschaftsreform erst im Jahre 1968 einsetzen. Die noch keineswegs befriedigenden Ergebnisse des Wirtschaftsjahres 1967 erlauben daher noch kein endgültiges Urteil über die Ergebnisse der geplanten Reform in ihrer Gesamtheit.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der ČSSR hat sich in zwei Sitzungen, und zwar einmal im Mai und einmal im September 1967, mit der wirtschaftlichen Lage des Landes beschäftigt. Es wurde bei dieser Gelegenheit zwar über Fortschritte berichtet, die gegenüber der krisenhaften Lage in den Vorjahren erzielt worden sind, und die Absicht bekräftigt, im Sinne der Wirtschaftsreform weiterzuarbeiten, zugleich wurde aber auch darauf hingewiesen, daß die eigentlichen Ziele der Reformen noch nicht erreicht wurden, nämlich eine Steigerung der Produktivität, eine Senkung des Materialverbrauches, eine Verbesserung der Effektivität, d. h. der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, eine rationellere Gestaltung des Wirtschaftsablaufes und eine Verbesserung der Austauschverhältnisse im Außenhandel. All dies kam nochmals bei der Tagung des ZK am Jahreswechsel 1967/68 zur Sprache. Sie endete nach harten Diskussionen und einem Sieg der Reformen mit dem Rücktritt von Staatspräsident Novotný als Parteisekretär, worauf hier nicht mehr eingegangen werden kann.

Bei der Sitzung des Zentralkomitees am 26. und 27. 9. 1967 berichtete sein Sekretär L. Strougal, dessen Referat die Grundlage des dann gefaßten Beschlusses bildete, zunächst über die Entwicklung der Industrieproduktion, die in den ersten acht Monaten um 5,8% stieg, womit die laut Plan erwartete Produktionszunahme von 6% beinahe erreicht wurde. Es wird daher für das ganze Jahr 1967 eine rund 6%ige Zunahme der Produktion zu erwarten sein, was aber hinter den letzten beiden Jahren zurückbleibt (1965 + 7,9%, 1966 7,4%). Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß nach den neuen wirtschaftlichen Auffassungen nicht mehr die Produktionszunahme um jeden Preis als maßgebendes wirtschaftliches Ziel angesehen wird.

Es wird daher hervorgehoben, daß einzelne Industriezweige rascher als die anderen wachsen, nämlich Maschinenbau, die chemische Industrie, die Baustoffherzeugung und die Konsumgüterindustrie, worin sich die langsame Verbesserung der Produktionsstruktur abzeichnet. Gut entwickelt hat sich auch die Landwirtschaft; insbesondere haben sich die Getreideernte und auch der Viehbestand verbessert, doch bleibt noch immer ein hoher Einfuhrbedarf an Getreide- und Futtermitteln bestehen. Mit Befriedigung wird auch im ZK-Beschluß festgestellt, daß im Jahre 1967 die Beschäftigtenzahl weniger zugenommen hat als in den vergangenen Jahren, doch entspricht die so erzielte Produktivitätssteigerung nicht den Erwartungen. Sie erreichte 4,3 %, die Löhne stiegen aber um 5 %, d. h. also rascher als es der Produktivitätsgewinn erlaubt hätte. In der Bauindustrie liegen die Verhältnisse noch ungünstiger. (Vorläufige Angaben lt. ZK-Sitzung vom 19.—21. Dezember 1967: Steigerung der Industrieproduktion 1967 6,1 %, Agrarerzeugung 3,5 %, Konsumgüter 5 %, Bergbau 0,5 %. Nominallohnsteigerung Prognose 1968 + 5 %, Lebenshaltungskosten + 1,5 %).

Trotzdem sind aber die Löhne noch immer sehr niedrig, und es ist daher offensichtlich auch noch nicht gelungen, durch eine aktive Lohnpolitik jene Anreize zu einer besseren Wirtschaftsführung und zur Übernahme einer höheren Verantwortung in den Betrieben zu schaffen, wie man sich dies eigentlich vorgestellt hat. Auch der Umbau der Großhandelspreise, der Anfang 1967 begann, aber nicht abgeschlossen werden konnte, erfüllt nicht die darauf gesetzten Erwartungen. Es ist nämlich noch nicht gelungen, die Preisverhältnisse den Marktrelationen anzupassen, so daß gerade die marktwirtschaftlichen Impulse, die durch den Druck jener Produzenten, die keine Subventionen mehr erhalten, erwartet worden sind, sich nur ungenügend auswirkten oder ganz ausblieben.

Eine Hauptsorge der Wirtschaftspolitik der ČSSR gilt daher der Bekämpfung inflationärer Tendenzen, die sowohl durch die Steigerung der Löhne ohne Vorliegen eines entsprechenden Warenangebotes, andererseits durch die Ausnützung der Monopolstellung einzelner inländischer Produzenten entstehen. Über diese Zusammenhänge wird offen diskutiert, woraus sich die Dringlichkeit der Lösung dieses Problems ergibt. Gerade die Monopolstellung, eine Folge der Konzentration der Betriebe in Großkonzernen oder Trusts, wird von den meisten Wirtschaftstheoretikern als mit ihren Vorstellungen der Wirtschaftsreform unvereinbar, bekämpft.

Es taucht daher der Vorschlag auf, an Stelle der zwangsweisen Vereinigung ganzer Industriezweige, wodurch die jeweilige Fachdirektion übermäßige Befugnisse erhält, freiwillige Zusammenschlüsse zu ermöglichen, was auch die Gewähr für die Schaffung echter Konkurrenzverhältnisse schaffen würde. Andererseits hat aber auch die Schaffung dieser neuen Konzernrichtungen die Möglichkeit geboten, den in den Zentralstellen der Ministerien überzählig gewordenen leitenden Kräften wiederum führende Posten zu sichern. Es wird daher darüber geklagt, daß der Bürokratismus, der in den Ministerien bisher herrschte, nun an anderer Stelle wieder ein Tätigkeitsfeld gefunden hat.

Die Ausnützung der Befugnisse der großen Industrieunternehmen führte dazu, daß diese höhere Preise verlangen oder nicht den erforderlichen Qualitätsansprüchen genügen, die vorgesehen sind, woraus sich für sie Übergewinne ergeben. Es wurden daher Maßnahmen eingeleitet, um durch Kontrolle von seiten der Kreisnationalausschüsse im 2. Halbjahr 1967 die Abfuhr dieser beim Preisumbau gewonnenen unberechtigten Mittel an das Staatsbudget vorzunehmen. Nach dem 15. September 1967 war die Überweisung solcher ungesetzlicher Gewinne an das Staatsbudget mit einer strafweisen 50%igen Erhöhung dieser unberechtigten Gewinne verbunden. Die dritte ZK-Sitzung forderte daher auch strengste Ahndung aller Preisverstöße.

Im Zusammenhang mit dem Umbau der Wirtschaft stellt sich auch das Problem der weiteren Finanzierung der Investitionen ein. Diese wurden bisher vorwiegend aus dem Staatsbudget getragen und sollen nun wenigstens zum Teil von den Betrieben finanziert werden. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik beim Übergang von der extensiven zur intensiven Phase, die durch bessere Ausnützung der bereits vorhandenen Anlagen und industriellen Einrichtungen gekennzeichnet ist, erscheint die Konzentration und die Rückstellung entbehrlicher Investitionen erforderlich.

Bereits bei der ZK-Sitzung im Frühjahr 1967 wurde diese Frage eingehend diskutiert, da die Einschränkung der Investitionstätigkeit auf starken Widerstand stieß. Er ging sowohl von den interessierten Betrieben als auch von jenen Kräften aus, die, wie in der Vergangenheit, eine hohe Investitionstätigkeit als besonders charakteristisch und notwendig für den Aufbau eines sozialistischen Staates betrachteten, ohne in ihrer dogmatisch bedingten Einstellung zu berücksichtigen, daß in der ČSSR die Phase des Aufbaues längst überschritten ist und nun die rationelle Verwendung der Anlagen im Vordergrund steht. Außerdem stieß man sich daran, daß die Investitionen nunmehr durch Bankkredite finanziert werden sollen, was ebenfalls einen Bruch mit den bisherigen Methoden bedeutet und eine Umstellung im Budget erfordert.

Dadurch erhält der Bankapparat, mit der Staatsbank an der Spitze, zu der aber noch andere Spezialbanken kommen, neue Aufgaben und eine zentrale Bedeutung, die teilweise im Widerspruch zu jenen Tendenzen der Reformen steht, zentrale Einflüsse abzubauen und die Betriebe von dirigistischen Einflüssen zu entlasten. Neu ist aber auch der Einsatz des Bank- und Kreditapparates für eine restriktive Finanzpolitik, welche zur Bekämpfung von inflationären Tendenzen und zur Einschränkung der Investitionsfähigkeit dient.

Über die Aufgaben der Bank- und Kreditpolitik erklärte der Generaldirektor der tschechoslowakischen Staatsbank Dr. Pohl anlässlich der Hauptversammlung der für die Außenhandelstätigkeit neu gegründeten Commerzbank AG:

Als zentrales Geldinstitut des Staates ist die Staatsbank, ebenso wie jede andere Emissionsbank in der Welt, in das System der zentralen Leitung eingeschaltet. Aus dem Umfang ihrer Funktionen ergibt sich, daß sie zu allen Organen der zentralen Leitung und auch zu allen Unternehmen enge Beziehungen unterhält.

Unter den Bedingungen der breiteren Nutzbarmachung der ökonomischen Instrumente bei der zentralen Leitung erwies es sich als unerlässlich, ihr die Stellung eines selbständigen Organes der zentralen Leitung einzuräumen und sie als das für den Bereich des Geldumlaufs, des Kredites und der Devisenwirtschaft spezialisierte Mittelorgan zu nutzen. Die Staatsbank konzentriert alle freien Reserven der Volkswirtschaft zur Gewährung von Krediten, mit denen sie die Unternehmen fördert. Diese ihre Grundaufgaben bedingen, daß sie die Kredit- und Zinspolitik einheitlich lenkt und in diesen Fragen enge ökonomische Beziehungen zu den übrigen Geldanstalten unterhält.

Eine weitere Vertiefung dieser Zusammenarbeit wird auch in Zusammenhang mit der Schaffung eines Fonds erfolgen, in den die Mittel zurückströmen werden, die bisher vom Staatshaushalt zur Finanzierung von Investitionen gewährt wurden und die nunmehr in Form einer langfristigen Einlage des Finanzministeriums bei der Staatsbank als Quelle zur Gewährung von Investitionskrediten dienen sollen.

Es geht keineswegs um einen Verzicht auf das Prinzip der Förderung effektbringender, auf Beschleunigung der erwünschten Strukturwandlungen in der Produktion und im Konsum abzielender Aktionen durch Gewährung von entsprechenden Krediten. Die Investitionspolitik soll vor allem der Verzettlung von Investitionsmitteln, dem übermäßigen Bauen, der Hinauszögerung der Fristen zur Inbetriebnahme der Kapazitäten sowie schließlich der Anhäufung von Vorräten Einhalt gebieten. Sie kommt vor allem darin zur Geltung, daß 1967 die Budgetkosten für neue in Angriff genommene Bauten den Betrag von 12,1 Mrd. Kčs (in neuen Preisen) nicht überschreiten dürfen, und der Gesamtwert der Ende des Jahres vorhandenen unvollendeten Bauten nicht mehr als 43,6 Mrd. Kčs betragen soll. Unzulänglich sichergestellte Investitionsvorhaben werden auf das nächste Jahr aufgeschoben, wobei der Gesamtumfang der für 1966 geplanten Investitionen nicht gekürzt wird. Betriebskredite zur Finanzierung von Vorräten sollen im Handel insgesamt höchstens bis zum Ausmaß des Vorjahres gewährt werden. Soweit die Ausführungen Pohls.

Die Beistellung der Betriebsmittel durch die Banken hat die Unternehmen in der ČSSR vor eine bedenkliche Lage gestellt. Ihre bisherigen liquiden Mittel wurden nämlich anlässlich der Einführung der für das Jahr 1967 geltenden Vorschriften zu Jahresbeginn blockiert und mußten von der Staatsbank an das Budget abgeführt werden. Man hofft damit die inflationäre Wirkung der Erteilung neuer Kredite aufheben zu können, aber von den Betrieben wird dagegen eingewendet, daß damit gerade die gegenteilige Wirkung der vom neuen System erhofften Impulse eintritt. Denn mit dem Abzug der bisher zur Verfügung stehenden Betriebsmittel verlieren die Unternehmen die autonome Verfügung über sie, während sie für die neu gewährten Kredite Zinsen zahlen müssen und in Abhängigkeit von den Banken geraten.

Da die Betriebe außerdem verpflichtet werden, auf Grund der neuen Steuergesetze für die Verwendung der Betriebseinrichtungen (Maschinen usw.) eine Art Kapitalzins an den Staat zu leisten (6 % p. a.), wodurch in etwa 15 Jahren

durch die Betriebe in der Amortisationsfrist der Beschaffungswert an den Staat zurückgezahlt wird, fühlen sich die Betriebe auch in dieser Hinsicht benachteiligt. Sie glauben nämlich, auf diese Art gezwungen zu sein, dem bisherigen Eigentümer der Betriebe und ihrer Einrichtung, nämlich dem Staat, die Betriebsmittel abkaufen zu müssen, ohne daß die Betriebe gleichzeitig auch formelle Eigentümer werden. Es ist daher anzunehmen, daß seitens der Betriebe gerade deswegen auch in Zukunft mit weiteren Forderungen nach erhöhter Selbständigkeit an den Staat herangetreten werden wird.

In den Vorbereitungen für den Plan 1968 wird bereits Rücksicht darauf genommen, daß die bisherige Entwicklung nicht ganz jenen Voraussetzungen entspricht, welche noch bei Aufstellung des 1966—1970 geltenden IV. Fünfjahrplans angenommen wurden. So hat sich gezeigt, daß eine weitere Beschleunigung der Erzeugung von Kunstfasern, Baustoffen und Konsumgütern erforderlich ist, die in den Plan eingearbeitet wird. Es ist aber zu bezweifeln, daß bei dieser Gelegenheit — der neue Plan wird erst später bekanntgegeben werden — auch schon das Beispiel der Sowjetunion befolgt wird, der Konsumgüterindustrie eine höhere Zuwachsrate zuzubilligen als der Erzeugung von Grundstoffen und der Schwerindustrie. Jedenfalls sah man sich aber bereits in der Lage, schon im Frühjahr 1967 für die gesamte Planperiode eine etwas höhere Zuwachsrate für Volkseinkommen und Industrieproduktion als bisher angenommen wurde, für durchführbar zu halten. So soll das Volkseinkommen in dieser Zeit nicht bloß um 22—24%, sondern um 28—30% steigen, wobei eine jährliche Erhöhung der Produktivität um 4,5—5% vorgesehen ist.

Bei dieser Neuformulierung der Ziele für den Fünfjahrplan, die auf der ZK-Sitzung vom 3. und 4. Mai 1967 erfolgte, glaubte man, eine Lohnerhöhung von jährlich 3,2—3,4% vertreten zu können. Da aber die Produktivitätssteigerung nicht das damals vorgesehene Minimum von 4,5—5% erreichte, will man sich nun mit einer geringeren Lohnerhöhung zufriedengeben, deren Ausmaß von der Preissteigerung bestimmt werden wird.

Der Stromverbrauch wurde um 2,5 Mrd. kWh niedriger angesetzt, da man mit einer rationelleren Technologie rechnet. Größere Produktionszunahmen werden die Konsumgüter- und Baustoffindustrie haben, deren Investitionstätigkeit reger wird.

Die Prager Regierung hat zugleich mit der Modifizierung des Plans auch Vorkehrungen in der Finanz-, Preis-, Kredit- und Lohnpolitik getroffen, die in Einklang mit dem neuen System stehen und als Nebenwirkung auch den Geldüberschuß bei den Unternehmen einschränken sollen. Denn durch die Preisreform hat sich bei den Betrieben ein Geldüberhang angesammelt, der eine inflationäre Bedrohung darstellt, während auf der anderen Seite der Abbau von unanbringlichen Vorräten nicht gelungen ist und die Volkswirtschaft belastet.

Die Lage der Wirtschaft in der ČSSR zu Jahresschluß 1967 kann daher so charakterisiert werden, daß sie trotz beginnender Einführung des neuen Systems noch keineswegs spannungslos ist; das Hauptziel, Disproportionen in der Wirtschaft zu beseitigen, konnte offenbar noch nicht erreicht werden.

Dies ergibt sich auch aus den zusammenfassenden Erklärungen von L. Strougal in der ZK-Sitzung von Ende September 1967, in der er die bisherigen Ergebnisse der Wirtschaftsreform wie folgt kritisch zusammenfaßt:

Die Zentralstellen wurden bei der Umarbeitung des Planes von Gesichtspunkten geleitet, die in manchen Punkten eine Wendung der bisherigen Entwicklung bedeuten. Der umgearbeitete Plan sieht nun vor, daß das jährlich mit rund 2—2,5% veranschlagte Wachstum der Reallöhne auch von einer entsprechenden Steigerung der Konsumgütererzeugung begleitet wird.

Die Grundkonzeption des Plans bis 1970 wurde dabei nicht wesentlich berührt. Die Änderungen sind ausnahmslos positiver Art — sie sollen helfen, das Wachstumstempo der Wirtschaft zu steigern. Der Neuauflage des Plans geht es jedoch weniger um ein Maximaltempo, sondern eher um ein Entwicklungstempo der Industrie, das zur Beruhigung und Konsolidierung der Wirtschaft führt. Der ursprünglich geplante jährliche Produktionszuwachs von 5,6% wurde daher nur um 0,4% höher, mit 6% angesetzt. Die Strukturveränderungen hingegen werden energischer verfolgt. Der Anteil von Gas und flüssigen Brennstoffen am gesamten Brennstoffverbrauch soll ebenso steigen, wie der Anteil der Chemie am gesamten Brennstoffverbrauch. Der Anteil der Chemie an der gesamten Industrieproduktion wird 1970 rund 12% betragen. Der Maschinenbau wird seine führende Stelle auch weiterhin behaupten und dabei der Erzeugung von Werkzeugmaschinen, Maschinen für die Textilindustrie und von chemischen Ausrüstungen besonderes Augenmerk schenken.

Trotz aller hier zum Ausdruck kommenden Schwierigkeiten sind die offiziellen Sprecher der CSSR jedoch davon überzeugt, daß das neue System doch verwirklicht werden kann und in absehbarer Zeit die erwarteten Erfolge bringen wird. Dies erscheint umso notwendiger, weil die Auseinandersetzung auf dem ideologischen Gebiet mit den Schriftstellern, unter denen sich besonders die Slowaken hervorgetan haben, versandet ist und mit der Durchsetzung der zentralistischen Richtung endete. Sollte es den Wirtschaftsreformern nicht gelingen, ihre Ansichten zu verwirklichen und die „komplizierten Verhältnisse“ zu meistern, so würde auch auf dem ökonomischen Gebiet ein Rückschlag zu erwarten sein, der sich nicht nur ökonomisch, sondern auch in der Verlangsamung der Steigerung des Lebensstandards auswirken würde.

Die Schwierigkeiten, vor die sich die für die Wirtschaft Verantwortlichen gestellt sehen, werden von dem bereits zitierten L. Strougal wie folgt charakterisiert:

Die Einführung des neuen Systems geht unter komplizierten Verhältnissen vor sich, bei denen noch kein Gleichgewicht bei den Investitionen und im Innen- und Außenhandel besteht. An Stelle der zentralisierten Zuteilung und Verteilung von materiellen und finanziellen Mitteln sollen ökonomische Instrumente wirken. Die aber reagieren äußerst empfindlich auf die Unausgeglichenheit des Marktes und der Produktionsstruktur. So kommt es zu einem komplizierten und in der sozialistischen Ökonomik bisher noch nicht voll erforschten Prozeß.

Die Vorkehrungen, die getroffen wurden, sind zwar wichtig für das wei-

tere Vorgehen, stellen aber noch nicht ein bereits vollständig wirkendes ökonomisches Leistungssystem dar. Dazu fehlen vor allem zwei grundlegende Voraussetzungen:

1) Ein durch die Entwicklung des Marktes hervorgerufener genügend wirksamer Druck auf unrentable Produktionsglieder;

2) Das Fehlen eines Preissystems, das genügend großen Anreiz für wünschenswerte Veränderungen in der Produktion mit größerem Nutzeffekt schafft.

Der Umbau der Großhandelspreise hat in der ersten Etappe nur begrenzte Ziele verfolgt, nämlich Vereinheitlichung der Steuern. Er hat vorläufig noch nicht Produzenten belastet, die unrentabel erzeugen und die weiterhin vom Staat umfangreiche Subventionen in verschiedenen Formen erhalten, während viele rentabel arbeitende Produzenten belastet bleiben.

Es ist unumgänglich notwendig, zu einer weiteren Entfaltung des neuen Systems überzugehen, vor allem auf dem Gebiet der Preispolitik, um zu vermeiden, daß die Bewertung der Entwicklungen nach alten Schemata vorgenommen wird, dann sind praktische Vorkehrungen zur Veränderung der Wirtschaftslage zu treffen, ein zeitlich bestimmtes Vorgehen ist zu wählen und konsequent einzuhalten.

Unkonsequenz und Unentschlossenheit sind nur Wasser auf die Mühlen derjenigen, die eine Rückkehr zu alten, überlebten Formen verlangen.

Als Hauptursachen der ungelösten Wirtschaftsprobleme sind ungenügend ausgefeilte ökonomische Instrumente, ein ungenügend ausgebautes System ökonomischer Informationen und alte Gewohnheiten anzusehen, die notwendigerweise nachwirken, weil eine ganze Generation von Wirtschaftsfunktionären aller Stufen unter den Bedingungen des alten Systems erzogen wurde. Das neue ökonomische System stellt aber höhere Anforderungen an Qualifikation, Fachwissen, politische Reife und an eine ganze Summe anderer Eigenschaften der Leiter. (Überbleibsel der Vergangenheit und die Tendenz, bei überholten Methoden zu bleiben, hinderten den Fortschritt, erklärte das ZK am 21. 12. 1967.)

Ähnlich lauten auch die Erklärungen von Staatspräsident Novotný über die bevorstehenden Maßnahmen zur Weiterführung der Reformmaßnahmen, der drei Dringlichkeitsstufen nannte. Es besteht nach ihm kein Zweifel, daß gerade die Lohnpolitik besonders schwierig ist, weil es von ihr abhängt, ob die „Stimuli“, also Maßnahmen, welche den Arbeitseifer fördern sollen, richtig gewählt werden und sich bewähren.

Nach der ersten Etappe der Umstellung der Großhandelspreise sind nun die Voraussetzungen gegeben, daß das neue System anstelle der früheren Verwaltungsbeziehungen neue wirtschaftliche Beziehungen zwischen den Unternehmen und dem Staat herstellt. Es wurde ein Maß für die Rentabilität geschaffen, das sich nach den Produktionskosten richtet und die Verlustwirtschaft und zum Teil auch die Unterbewertung eingeführter Rohstoffe aufhebt. Der Weg zur zweiten Etappe wurde so geebnet. Sie wird die Bestimmung individueller Preise, die Einbeziehung von Weltmarktpreisen in die Wirtschaft, die Regelung der Kleinhandelspreise durch die Umsatzsteuern

und somit die Schaffung eines einheitlichen Preisniveaus bringen. Novotný stellte folgende Stufen auf:

Zuerst werden die Preise für importierte Rohstoffe steigen. Dadurch vermeidet man Verluste im Staatshaushalt, das Verhältnis zu den Weltmarktpreisen wird realer, es entsteht ein Druck auf rationelleres Wirtschaften mit Rohstoffen.

Zweitens wird der Zinsfuß für Kredite an Unternehmen angehoben, um einen größeren Druck auszuüben, daß übermäßig große Vorräte vermieden, die Produktionszyklen verkürzt werden und, verbunden mit Maßnahmen der Preispolitik, die Unternehmen ihr bisheriges Verhalten ändern. Das bedeutet, daß Unternehmen Produkte, die sie nicht verkaufen können, selbst bezahlen müssen.

Drittens soll eine Lohnordnung gewählt werden, die nicht gestattet, daß die Grundgesetze der richtigen Lohnpolitik verletzt werden. Hier gibt es zwei Gefahrenquellen. Es darf keine Regelung gefunden werden, die die Prinzipien des neuen Leitungssystems verletzt oder eine Lohngrenze nach oben festlegt. Auf der anderen Seite darf sich die Ordnung, die 1968 gelten soll, nicht nur auf Aufrufe oder Appelle beschränken.

Ein noch nicht erwähntes, aber offenbar sehr ernstes Problem liegt im Außenhandel. Es wird nämlich übereinstimmend geklagt, daß die Ergebnisse des Außenhandels, nämlich im Verhältnis zu den Weststaaten, nicht befriedigend sind, weil es nicht gelungen ist, die Ausfuhr der ČSSR in diese Staaten, wie erwünscht, zu steigern. Ein Grund dafür liegt in der noch immer mangelnden Zusammenarbeit zwischen den Produktionsbetrieben und den Außenhandelsunternehmen, die bisher gewohnt waren, ihre inländischen Beziehungen verwaltungsmäßig einzurichten. Die inländischen Produzenten waren daher nicht an den Ergebnissen des Außenhandels interessiert.

Die angestrebte engere Verbindung mit den Exporterfolgen führt zu einer wechselseitigen Beeinflussung der Inlandpreise auf den Exporterfolg und der Weltmarktpreise auf das inländische Preisniveau. Es ist bisher nicht gelungen, eine befriedigende Verbindung zwischen beiden herzustellen, umso mehr, als es nicht möglich ist, die Qualität der für den Westen bestimmten Exportgüter den neuen Ansprüchen anzupassen und überhaupt genügend Kapazitäten für den Westexport frei zu bekommen, da die ČSSR nach wie vor weitgehend für Lieferungen in den Ostblock, namentlich in die Sowjetunion, beansprucht wird. Man ist sich aber im klaren darüber, daß eine stärkere Eingliederung in die Weltwirtschaft erforderlich ist, um die Leistung der Industrie zu steigern, da die Kooperation mit den Weststaaten, insbesondere die Hereinnahme von Lizenzen, und des westlichen Know-how eine Bedingung zur Hebung des Produktionsniveaus ist. In diesem Sinne muß auch das Abkommen mit der Bundesrepublik über einen langfristigen Handelsvertrag und über wechselseitige Einrichtungen von Handelsvertretungen gesehen werden. Dementsprechend legte das ZK Ende 1967 neben der üblichen Forderung nach gesteigertem Warenaustausch mit den sozialistischen Staaten Nachdruck auf die Steigerung des Westexportes zwecks Ausgleichs der Zahlungsbilanz.